

**Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

**5.4 Genehmigung folgender Protokolle: Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 14. Juni 2018, Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung vom 14. Juni 2018**

**Bgm. Nagl:**

Letzte Mitteilung; die Protokolle der öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzung vom 14. Juni 2018 wurden von der Schriftprüferin überprüft und für in Ordnung befunden. Die Protokolle liegen bis zum Tag vor der nächsten Gemeinderatssitzung, das wird der Mittwoch, der 13.3. heurigen Jahres sein, in der Präsidialabteilung, Referat Verfassung und Vergaberecht, Zimmer 310, zur Einsichtnahme auf.

*Originaltext der Mitteilung:*

*Die Protokolle der öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzung vom 14. Juni 2018 wurden von der Schriftprüferin überprüft und für in Ordnung befunden.*

*Die Protokolle liegen bis zum Tag vor der nächsten Gemeinderatssitzung, Mittwoch, den 13.03.2019, in der Präsidialabteilung, Referat Verfassung und Vergaberecht, Zimmer 310, zur Einsichtnahme auf.*

## **6 Fragestunde**

**Bgm. Nagl:**

Meine geschätzten Damen und Herren, ich darf nun die Fragestunde eröffnen. Auf unserer Rathaus-Gemeinderatssitzungssaal-Uhr ist es nun 12 Minuten vor 1. Die erste Frage stellt Herr Klubobmann Michael Ehmman gleich mir.

**Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.48 Uhr).**

**6.1 Frage 1: Live-Übertragungen der Gemeinderatssitzungen  
(GR Ehmman, SPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

**GR Ehmman:**

Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie.

Liveübertragungen der Gemeinderatssitzung, wir haben das Thema schon oftmals gehabt. Ich denke, wenn man uns die Bundesebene, die Landesebene, aber nun letztendlich auch die Kommunalebene anschauen, ist es aus unserer Sicht höchst an der Zeit, hier demokratiepolitische Instrumente weiterzuentwickeln und zu installieren und, ich glaube, genau Liveübertragungen wären eine Möglichkeit dazu, das zu ergänzen und deshalb in aller Kürze unsere Frage, wann endlich werden Liveübertragungen der Grazer Gemeinderatssitzungen starten, Herr Bürgermeister?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*Nachdem nunmehr seitens des Landes Steiermark die Voraussetzungen für die Übertragungen von Gemeinderatssitzungen geschaffen werden bzw. wurden, stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die*

*Frage:*

*Wann endlich werden die Live-Übertragungen der Grazer Gemeinderatssitzungen starten?*

**Bgm. Nagl:**

Danke vielmals für die Frage, Herr Klubobmann. Zu deiner Frage darf ich feststellen, dass über die anstehende Novelle des Statutes der Landeshauptstadt Graz, die auch die notwendige gesetzliche Grundlage für die Übertragung der Gemeinderatssitzungen enthalten sollen, noch verhandelt wird. Sobald diese Novelle kundgemacht ist und wir legitimiert sind, die Gemeinderatssitzungen zu übertragen, können wir damit beginnen, die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Wir planen ja auch den Umbau hier im Gemeinderatssitzungssaal und planen das selbstverständlich dann auch mit ein. Die technischen Umsetzungen vorzuziehen, ohne die Details der gesetzlichen Regelung zu kennen, würde aber unter Umständen auch bedeuten, die Rechnung ohne den Wirt zu machen und eventuell dann in frustrierten Aufwendungen enden. Da derzeit aber noch nicht exakt vorhergesagt werden kann, wann die in Arbeit befindlichen Änderungen des Statuts in Kraft treten und wie sie genauer lauten wird, kann auch noch kein Termin für den Beginn der Übertragungen bekanntgegeben werden.

**6.2 Frage 2: Ehrenbürger Hans Kloepfer  
(GR Swatek, NEOS an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

**GR Swatek:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Im Zuge der Diskussion um problematische Straßennamen in Graz ist unter den sehr problematischen Straßennamen auch der Name Hans Kloepfer gefallen. Hans Kloepfer wurde in der Stadt Graz am 19.12.1942 zum Ehrenbürger ernannt. Also in der Zeit des Nationalsozialismus. Hans Kloepfer ist heute noch immer Ehrenbürger. Hans Kloepfer gilt in der historischen Forschung als Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Weststeiermark. Hat öffentlich dazu aufgerufen, beim Anschluss an Nazi-Deutschen mit „Ja“ zu stimmen, schrieb Lobesgedichte auf Hitler, beteiligte sich am Bekenntnisbuch der österreichischen

Dichter, in dem der Anschluss begeistert begrüßt wurde und wurde am 1. Mai 1938 Mitglied der NSDAP mit einer Mitgliedsnummer, die nur verdienten Österreichern vorbehalten war. Am 26. Juni 1944 verstarb Kloepfer an einem Schlaganfall und Adolf Hitler und Goebel schickten ihm sogar persönlich Kränze zu seinem Begräbnis. 2013 wurden Sie auf die Umstände Kloepfers, vor allem, dass er Ehrenbürger ist und vor allem, dass nach wie vor heute auf der Homepage der Stadt Graz keine Verweise zu seiner NS-Vergangenheit getätigt sind, hingewiesen. Damals hieß es aus Ihrem Büro von Ihrem Pressesprecher: „Wir werden das jetzt prüfen und gegebenenfalls einen erklärenden Text zum Eintrag hinzufügen“. Heute noch findet man noch keinen Eintrag darüber über die Vergangenheit Kloepfers auf der Homepage der Stadt Graz, aber auch nicht auf seiner Büste am Grazer Schloßberg, seinem Denkmal. Daher meine Frage an Sie, Herr Bürgermeister, zu welchem Ergebnis kam Ihre Prüfung rund um den Ehrenbürger Hans Kloepfer?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Bürgermeister,*

*in den letzten Tagen flammte die Diskussion rund um problematische Straßennamen in Graz wieder auf. Grundlage dieser Diskussion ist der von der ExpertInnenkommission Straßennamen erstellte Bericht, der namensgebende Persönlichkeiten in unserer Stadt genau durchleuchtet. In diesem Bericht wird auch der Ehrenbürger unserer Stadt Hans Kloepfer angeführt. Hans Kloepfer wurde mit einem Beschluss am 19.12.1942 (!) zum Ehrenbürger ernannt.*

*Hans Kloepfer gilt in der historischen Forschung als "Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Weststeiermark" (Binder) <sup>1</sup>:*

---

<sup>1</sup> Binder, Dieter: Pietas Austriaca Das imperiale Erbe der Republik Österreich. In: Burkhard Pöttler/Katharina Eisch-Angus u. a. (Hgg.), Fundstücke europäisch-ethnologischen Forschens. Eine Festschrift für Helmut Eberhart (Münster–New York 2018), 159–171.

*„Vor allem sein flammender Aufruf an die Bauern des Stubalmgebiets im März 1938, bei der Volksabstimmung nach dem „Anschluss“ an Nazi-Deutschland mit „Ja“ zu stimmen, wird heute sehr verurteilt. Ebenso sein „Steirischer Bergbauerngruß“ in dem es heißt: „Schreibm tuat er si Hitler,/ und uns so guat gsinnt,/wia ma weit in der Welt/ net an liabern wo findt.“ Klopfer beteiligte sich auch am „Bekenntnisbuch österreichischer Dichter“, in dem er den Anschluss begeistert begrüßte und wurde mit 1. Mai 1938 Mitglied der NSDAP - mit einer Mitgliedsnummer, die nur „verdienten Österreichern“ vorbehalten war. Zahlreiche Neuauflagen und Ehrungen folgten. Am 26. Juni 1944 verstarb Klopfer nach einem Schlaganfall im Alter von 77 Jahren und erhielt ein Staatsbegräbnis. Gauleiter Sigfried Uiberreither lobte Hans Klopfer in seiner Grabrede als „Kämpfer der Verbotszeit“ - und Adolf Hitler und Joseph Goebbels schickten Kränze.“<sup>2</sup>*

*Auf der Homepage der Stadt Graz wird Kloepfers nationalsozialistische Vergangenheit komplett verschwiegen. Auch auf der nach ihm benannten Straße oder seiner Büste auf dem Grazer Schloßberg fehlt ein Hinweis. Die Tageszeitung „derStandard“ wies im Jahr 2013 bereits auf die Hintergründe Kloepfers und die Ehrung seitens der Stadt Graz hin. Damals hieß es von Ihrem Sprecher:*

*"Wir werden das jetzt prüfen und gegebenenfalls einen erklärenden Text zum Eintrag hinzufügen."<sup>3</sup>*

*Seitdem hat sich weder auf der Homepage der Stadt Graz noch bei seinem Denkmal und seinem Straßennamen etwas getan.<sup>4</sup>*

*Sehr geehrter Bürgermeister Nagl,  
zu welchem Ergebnis kam Ihre Prüfung rund um Ehrenbürger Hans Klopfer?*

---

<sup>2</sup> Austria-Forum - TU-Graz [https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Damals\\_in\\_der\\_Steiermark/Hans\\_Klopfer\\_und\\_die\\_Nazis](https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Damals_in_der_Steiermark/Hans_Klopfer_und_die_Nazis)

<sup>3</sup> [derstandard.at/1369362179452/Nazidichter-Landarzt-und-Grazer-Ehrenbuengerderstandard.at/1369362179452/Nazidichter-Landarzt-und-Grazer-Ehrenbuenger](https://derstandard.at/1369362179452/Nazidichter-Landarzt-und-Grazer-Ehrenbuengerderstandard.at/1369362179452/Nazidichter-Landarzt-und-Grazer-Ehrenbuenger)

<sup>4</sup> [https://www.graz.at/cms/beitrag/10076280/7772685/Hans\\_Klopfer.html](https://www.graz.at/cms/beitrag/10076280/7772685/Hans_Klopfer.html)

**Bgm. Nagl:**

Ja, geschätzter Herr Gemeinderat. Zuallererst ist auf das Gemeinderatsstück zum Maßnahmenpaket Grazer Straßennamen im heutigen Gemeinderat zu verweisen. Wir haben ja aufgrund dieses Standardartikels und das, was damals, glaube ich, auch Thomas Rajakovics in der Öffentlichkeit gesagt hat, auch letzten Endes eine Kommission eingesetzt, ab 2014 haben dann diese Verhandlungen begonnen. Neben dem Stadtvermessungsamt soll die Abteilung für Kommunikation gemäß diesem Stück beauftragt werden, auf [www.graz.at](http://www.graz.at) eine Informationsseite jetzt einzurichten, die die betroffenen Persönlichkeiten differenziert beleuchtet. Auf diese neue Seite kann dann auch die Beschreibung von Hans Kloepfer verweisen, ähnlich wie Sie es auch auf dem Wikipedia-Eintrag finden. Ich nehme an, aufgrund des Textes, den Sie verlesen haben, haben Sie es auch von Wikipedia auch mitübernommen, womit ein konsistentes Vorgehen auf der Webpräsenz der Stadt Graz sichergestellt ist. Insofern eine Zusatzbeschilderung des Straßennamens Hans-Kloepfer-Gasse beschlossen wird hier im Gemeinderat, kann eine solche Beschilderung im Einvernehmen mit dem Herrn Kulturstadtrat Dr. Riegler auch als Möglichkeit der Aufklärung beim Denkmal dienen (*Allgem. Appl.*).

**Swatek:**

Sie sind auf die Ehrenbürgerschaft nicht eingegangen. Hans Kloepfer ist nach wie vor Ehrenbürger der Stadt Graz und ich finde es, Ehrenbürger sind die Aushängeschilder unserer Stadt. Halten Sie Hans Kloepfer für einen angemessenen Ehrenbürger dieser Stadt (*Allgem. Appl.*)?

**Bgm. Nagl:**

Zuerst muss man sich die Frage stellen. Es wurde, glaube ich, in anderen Städten schon oft diskutiert. Die Ehrenbürgerschaft wird jemandem verliehen. Wir haben, glaube ich, seit dem Tod jetzt, fast 80 Jahre ist es jetzt her, dass Hans Kloepfer verstorben ist, die

Diskussion, ist die Ehrenbürgerschaft damit erloschen oder nicht? Das ist, glaube ich, einmal ganz ein wichtiger Punkt. Ich glaube, du kannst sie auch niemandem mehr wegnehmen. Er hat es damals kurz vor seinem Tod auch bekommen. Hans Kloepfer hat als Dichter und als Arzt Großes geleistet. Er hat, wie wir jetzt auch anhand der Kommission mit unseren Texten und nicht nur den von Wikipedia haben die Möglichkeit, im Gemeinderat auch die Diskussion zu führen. Das, was ich Ihnen jetzt anbieten kann, ist das, was ich auch verlesen habe. Dass wir, so wie in der Diskussion um die Straßennamen, entweder die Entscheidung fällen, dass wir die Geschichte quasi auslöschen oder dass wir anhand dieser Person auch Diskussionen Jahrzehnte danach führen können. Weil auch Sie als junger Mensch jetzt dieses Thema aufgreifen, damit auch wieder publik machen und die Jugend auch aus den Fehlern anderer Menschen lernen kann (*Allgem. Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.55 Uhr).***

**6.3 Frage 3: Gehsteigerrichtung in der Salfeldstraße und Weblinger Straße  
(GR Mag. Egger, ÖVP an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Egger:**

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, werte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Wir haben im Bereich des Kehlberges, des Siedlungsgebietes am Kehlberg bzw. in der Salfeldstraße und in Richtung Weblinger Straße bis zur Straßganger Straße eine besondere Verkehrssituation, wo es vor allem für die Fußgänger nicht ungefährlich ist (*Bgm. Nagl betätigt die Ordnungsglocke*), weil dort in den genannten Straßenzügen die Ausstattung mittels Gehsteigen zu wünschen übrig lässt. Es gibt dort auch, meines

Wissens, Grundstücke, die bereits gesichert wurden, um dort Gehsteige zu errichten und daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

**Frage:**

Sind Sie bereit, die zuständigen Abteilungen mit der Planung und Durchführung der Errichtung der dringend notwendigen Gehsteige in der Salfeldstraße und Weblinger Straße zu beauftragen und damit für mehr Sicherheit der Fußgänger zu *sorgen (Allgem. Appl.)?*

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Die zahlreichen Bewohner sowohl der Salfeldstraße als auch der Weblinger Straße bzw. des Siedlungsgebiets am Kehlberg müssen auf ihrem Fußweg zu den öffentlichen Verkehrsmitteln in der Straßganger Straße den ungesicherten Straßenrand benützen. Besonders gefährlich ist es auf der teilweise weniger als 5 m breiten Fahrbahn dann, wenn sich zwei Autos begegnen. Dies führt zwangsläufig und regelmäßig zu gefährlichen Situationen für die dort befindlichen Fußgänger.*

*Tatsache ist, dass die für die Gehsteige in beiden Straßenzügen erforderlichen Flächen von den Grundstückseigentümern bereits vor 10 Jahren in das Öffentliche Gut der Stadt Graz abgetreten wurden.*

*Die dort befindlichen Straßengräben können auch kein Grund für die Nichterrichtung der benötigten Gehsteige darstellen, da anderorts solche Gräben verrohrt unter den Trottoirs verlaufen.*

*Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende*

**Frage:**

*„Sind Sie bereit, die zuständigen Abteilungen mit der Planung und Durchführung der Errichtung der dringend notwendigen Gehsteige in der Salfeldstraße und Weblinger Straße zu beauftragen und damit für mehr Sicherheit der Fußgänger zu sorgen?“*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ja. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat. Der Wunsch nach einem Gehsteig in der Weblinger Straße und auch in der Salfeldstraße sind im Verkehrsplanungsamt schon sehr lange bekannt. Gerade vorhin hat mir der Herr GR Haßler von der SPÖ einen Antrag vorgelegt, den er 2012 hier fast wortgleich in den Gemeinderat gestellt hat. Ich kann Ihnen gleich vorweg sagen, es ist mir persönlich ein großes Anliegen, in beiden Straßenzügen hier einen Gehsteig zu errichten und beide Straßen sind auch in unserem Gehsteigprogramm letztes Jahr aufgenommen worden. Neben den Grundeinlösen, von denen Sie schon gesprochen haben, stellen aber vor allem die Straßenentwässerung und die Baukosten für die Gehsteigerrichtung, vor allem in der Weblinger Straße, ein nicht geringes Problem dar. Warum? Dieser Bereich ist stark von Wässern, die vom Buchkogel über die derzeit noch unbebauten Wiesen und Straßen abfließen, sehr, sehr gefährdet. Sowohl in der Weblinger Straße als auch in der Salfeldstraße sind derzeit Straßengräben vorhanden. Um eine Aussage zu erhalten, ob diese Gräben verändert oder verrohrt werden können, muss eine großräumige Hangwasseruntersuchung gemacht werden. Eine Lösung der direkt in der Straße anfallenden Oberflächenwässer ist sicher leichter zu finden, wenn nicht die Hangwasserproblematik mitgelöst werden muss. Vor Beginn der erforderlichen Verfahren für die Gehsteigerrichtung und den Straßenumbau ist dies aber zwingend notwendig abzuklären. Beim Bebauungsplan südlich der Weblinger Straße wurden die Überlegungen für einen Gehsteig bereits berücksichtigt. Der Gehsteig soll an der Nordseite der Weblinger Straße errichtet werden. Dafür muss aber die Fahrbahn und das Gerinne in der Weblinger Straße umgebaut werden. Zusätzlich zur generellen Entwässerungsproblematik ergibt sich aber ein weiteres Thema in der Weblinger Straße und zwar vor allem jenes, in den Bebauungsplanbereichen sind die

erforderlichen Flächen für die Errichtung eines Gehsteiges einfließen, allerdings ist eine Übertragung der Teilflächen in das öffentliche Gut aber nur teilweise erfolgt. Bei einigen Grundstücken, bei denen kein Bebauungsplan erforderlich war, wie das bei den Häusern 60 bis 66 und bei den Häusern 52 bis 58 der Fall war, sind noch Grundeinlösen erforderlich. Zusammengefasst, sowohl in der Weblinger Straße als auch in der Salfeldstraße werden die Gehsteige mittelfristig umgesetzt werden können (*Allgem. Appl.*).

**Egger:**

Ich höre Ihre Worte und ich höre einen ziemlich genau definierten Zeitraum, nämlich mittelfristig. Kann man das ein bisschen konkretisieren oder müssen wir auf den nächsten Verkehrsausschuss warten, der vielleicht irgendwann einmal stattfindet?

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Die Verkehrsausschüsse, wie Sie wissen, tagen fast monatlich.

*Zwischenruf GR Egger: Außer sie fallen aus.*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Man muss eines dazu sagen, ich habe das bewusst ausgelassen. Es gibt in unserer Stadt Graz, und wir sind da, seit ich mit dem Thema betraut bin, sehr dahinter. Es braucht eine koordinierende Stelle, die sich in unserer Stadt Graz über die Problematik der Hangwässer kümmert. Das ist das Problem, mit dem auch, denke ich, mein Vorgänger Stadtrat Eustacchio, jetzt Vizebürgermeister, zu kämpfen hatte. Weil sonst hätte er, denke ich mir, auch schon 2012 auf den Antrag von Herrn GR Haßler auch schon eine frühere Umsetzung gehabt. Dass das so lange nicht passiert ist, hängt eben damit

zusammen, dass sich in unserer Stadt Graz hier über diese Problematik niemand kümmert. Und ich kann das nur an die Stadtbaudirektion auch weitergeben. Wir im Verkehrsplanungsamt haben einen guten Planer, Herr Peter Kostka ist da dahinter. Die Planungen sind auch schon weit fortgeschritten, aber diese Hangwässerproblematik muss gelöst werden und hier gibt es noch keine endgültige Lösung (*Appl.*).

**6.4 Frage 4: Kürzung bei Stadtteilzentren  
(GR Alic, KPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

**GR Alic:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Es geht um die Stadtteilzentren und ich will da gar nicht lang auf die Arbeit oder die Leistungen, die diese Stadtteilzentren erbringen, eingehen, weil das würde auch den Rahmen eines Motivenberichtes sprengen. Sondern es geht eher darum, Sie sozusagen, Herr Vizebürgermeister, zu bitten, sich mit den Betroffenen an einen Tisch zu setzen. Es wird dort einfach eine riesengroße Arbeit geleistet für die Grazer Bevölkerung. Es ist 2015 das Leitbild für die Stadtteilarbeit erst beschlossen worden und jetzt wird gekürzt und dann erst evaluiert. Also ich bin jetzt nicht der Evaluierungsbeauftragte der Stadt Graz, aber ich denke, es sollte umgekehrt sein, zuerst gehört evaluiert und dann einmal geschaut. Tatsächlich habe ich persönlich den Eindruck, als täte die Stadt Graz viel mehr solcher Zentren und die Zentren an sich viel mehr Unterstützung auch brauchen. Weil besser kann es für die Bevölkerung nicht arbeiten, als dass niederschweligen Zugang bietest vor Ort und alle möglichen Angebote bietest. Es spielt ja im Zuge der Arbeit in so einem Stadtteilzentrum alle Facetten von so einem menschlichen Leben rein als Arbeit und du musst das einmal, wie soll ich sagen, das geht nicht alles ehrenamtlich zu bearbeiten, sondern es gibt halt natürlich auch Leute, die das organisieren müssen, die den ganzen Tag vor Ort sind. Die Leute brauchen

dann selbst vielleicht auch eine Fortbildung, die dort arbeiten, und das kostet natürlich und also wenn ich da sehe, was da an Geld überbleibt für manch so ein Zentrum, da braucht man schon die Hälfte allein für Regiearbeiten bzw. für die Miete und deswegen möchte ich Sie einfach bitten und richte an Sie die

**Frage:**

Geschätzter Herr Vizebürgermeister, sind Sie bereit zu einem gemeinsamen Gespräch mit VertreterInnen der von der Schließung bedrohten Stadtteilzentren, um zeitnah Lösungen zur Fortführung der Stadtteilarbeit im Interesse der Grazer Bürgerinnen und Bürger finden zu können (*Allgem. Appl.*)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,*

*2015 wurde das „Leitbild für Stadtteilarbeit in Graz“ einstimmig im Gemeinderat beschlossen. Letzten Freitag wurde in der Stadtsenatssitzung eine drastische Kürzung der Mittel für die Stadtteilarbeit entschieden. Nachdem bereits im vergangenen Jahr Kürzungen erfolgt sind, erhalten die Stadtteilzentren Triester Straße, Jakomini und Floßlend für das Jahr 2019 nur die Hälfte der ursprünglichen Fördersummen. Konkrete Gründe wurden dafür nicht genannt. Es geht hier offenbar um eine Kürzung um der Kürzung willen.*

*Diese Stadtteilzentren bieten der Bewohnerschaft vor Ort niederschweligen Zugang zu verschiedensten Angeboten, von Beratungen und Veranstaltungen über gemeinsame Sport- und Freizeit-Unternehmungen und Ausflüge, Nachhilfestunden für Kinder und Reparaturcafés bis hin zur Vermittlung bei Konflikten. Zusammengefasst: In den Stadtteilzentren wird wichtige Arbeit für die Gemeinschaft und den sozialen Zusammenhalt geleistet.*

**Frage:**

*Sind Sie bereit zu einem gemeinsamen Gespräch mit VertreterInnen der drei von der Schließung bedrohten Stadtteilzentren, um zeitnah eine Lösung zur Fortführung der Stadtteilarbeit im Interesse der Grazer Bürgerinnen und Bürger finden zu können?*

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Jawohl, Herr Gemeinderat. Wir haben in diesem Fall vor bereits 2017 und 2018 mit allen Vertretern der Stadtteilzentren und Nachbarschaftszentren gesprochen und im Zuge dieser Besprechung klar kommuniziert, dass es zu einer neuen Konzeption der Stadtteilarbeit kommen wird. Vor allem sollen die gewählten Vertreter in den Bezirken, also der Bezirksrat, stärker in das wichtige Thema der Stadtteilarbeit eingebunden werden. Wir werden Ihnen rechtzeitig und natürlich dem Gemeinderat in dem kommenden Monat die Stadtteilarbeit neu vorstellen und im Zuge dessen wird natürlich auch das Gespräch mit den einzelnen Stadtteilzentren noch einmal gesucht und durchgeführt werden (*Allgem. Appl.*).

**Alic:**

Naja, eigentlich ist es schon beantwortet. Also wenn Sie das Gespräch suchen, dann werden Sie es auch finden und vielen Dank für die Antwort. Dankesehr (*Allgem. Appl.*).

**6.5 Frage 5: Verkehrskonzept an Demo-Donnerstagen  
(GR DI Sickl, FPÖ an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Sickl:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Frau Stadträtin. In Graz finden seit geraumer Zeit an jedem zweiten Donnerstag Demonstrationen gegen die Bundesregierung statt. Die Route führt zumeist zum Griesplatz über den Joanneumring bis zum Freiheitsplatz. Heute anders, aber es werden auch heute die wichtigen Routen gekreuzt. Der Verkehr der gesamten Innenstadt wird in dieser Zeit lahmgelegt, das betrifft sowohl den öffentlichen wie den motorisierten Individualverkehr. Auch in den Ausweichrouten kommt der Verkehr zum Erliegen. Die Menschen müssen also sehr große Verspätungen auf ihrem Heimweg in Kauf nehmen, da auch eben die Stadt die Straßenbahnlinien aufgrund des Querens von Herrengasse und Südtiroler Platz durch die Demonstration über längere Zeitspannen angehalten werden müssen. Daher stelle ich an Sie die

**Frage,**

was sind Ihre Überlegungen als Verkehrsstadträtin, um dieses Problem unter Kontrolle zu bekommen? Oder müssten wir davon ausgehen, dass für die nächsten 15 Jahre, denn solange wird wohl die türkis-blaue Regierung bestehen und solange wird wohl weiterdemonstriert werden müssen, oder wird es jeden zweiten Donnerstag hier in Graz ein Verkehrschaos geben? (*Allgem. Appl.*)

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin!*

*In Graz finden seit geraumer Zeit an jedem zweiten Donnerstag Demonstrationen gegen die Bundesregierung statt. Die Route führt zumeist vom Griesplatz über den Joanneumring bis zum Freiheitsplatz. Durch diese Demo wird der Verkehr in der*

*gesamten Innenstadt während der Hauptverkehrszeit vollkommen lahmgelegt. Der öffentliche wie auch der motorisierte Individualverkehr kommen entlang des Rings vollkommen zum Erliegen, Ausweichrouten sind vollständig überlastet. Die Menschen müssen sehr große Verspätungen auf ihrem Heimweg in Kauf nehmen, da auch sämtliche Straßenbahnlinien aufgrund des Querens von Herrengasse und Südtiroler Platz durch die Demonstranten über längere Zeitspannen angehalten werden müssen.*

*Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

*Anfrage*

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Was sind Ihre Überlegungen als Verkehrsstadträtin, um dieses Problem unter Kontrolle zu bekommen?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ja, sehr geehrter Herr Gemeinderat. Prognosen, wie lange politische Parteien in Amt und Würden bleiben, möchte ich hier nicht abgeben. Das kann sich schnell ändern. Aber zu Ihrer Frage. Die Genehmigung von Demonstrationen obliegt der Sicherheitsdirektion der Polizei. Das habe ich hier im Haus schon einmal gesagt. Die Stadt Graz als Straßenpolizeibehörde hat hier keinen Einfluss. Kurzfristig erforderliche Verkehrsmaßnahmen wie Straßensperren, Änderungen der Ampelschaltungen oder Umleitungen werden von der Polizei gesetzt und das ist auch gut so. Was den öffentlichen Verkehr betrifft, erfolgt seitens der Polizei die Information über die vorgegebenen Demonstrationsrouten im Vorfeld an die Graz Linien. Wie dazu die Graz Linien mitteilen, werden im Bereich des Busverkehrs die Kurse weitläufig umgeleitet. An den betroffenen Haltestellen werden Fahrgastinformationen ausgehängt. Bei

Störung im Straßenbahnbetrieb stehen zusätzlich Gelenkbusse jeweils an den Standorten Schmiedgasse und Hauptbahnhof bereit (*Allgem. Appl.*).

**Sickl:**

Eine kurze Frage: Es ist also davon nicht auszugehen, nachdem Sie nicht zuständig sind, dass sich in den nächsten Jahren bzw. in der nächsten Zeit hier etwas nicht ändern kann? Also der Bürger, der im Stau steht, der Grazer Bürger, der wird im Stau stehen bleiben und da können Sie als Verkehrsstadträtin irgendwie nicht helfen bzw. eine Änderung herbeiführen?

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Es gibt ein Demonstrationsrecht in Österreich. Das ist eine, das andere ist genau die Frage, was hier die Graz Linien und die Polizei unternimmt und darauf habe ich Ihnen geantwortet (*Allgem. Appl.*).

**6.6 Frage 6: Ausbau und Öffnung der derzeit als Stichstraße mit anschließendem Gehweg ausgeformten Papiermühlgasse für den Kfz-Verkehr (GR Dreisiebner, Grüne an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Dreisiebner:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gäste auf der Galerie, vor allem begrüße ich die VertreterInnen der Bürgerinitiative in der Papiermühlgasse, die trotz unseres Stromausfalles mit der damit verbundenen Verzögerung hier noch immer ausharren. Vielen Dank (*Allgem. Appl.*). Wir haben im Bezirk Lend einiges an Bautätigkeiten und einiges an Zuwachs an BewohnerInnen und somit natürlich auch höhere Mobilitätsanforderungen. Es ist so, dass die Papiermühlgasse, die hier von einem aktuell aufliegenden Bebauungsplan, der noch

nicht beschlossen ist, betroffen ist, bis jetzt über viele Jahre als Sackstraße ausgeprägt ist und hoffentlich auch bleiben wird, die dann als Geh- und Radweg hin zur Wiener Straße eine Durchbindung macht. Das bringt für die dort lebenden Menschen, jetzt schon dort Lebenden, ich nehme an, auch für die zukünftig dort Lebenden, weil es einen Bebauungsplan gibt, der eben aufliegt, eine sehr ruhige Wohnsituation. Es gibt keinen überregionalen Durchzugsverkehr, es gibt nur den ganz normalen Anwohnerquellverkehr bzw. Zulieferungen uä. mehr. Jetzt ist aber in diesem Bebauungsplan, sowohl im Verordnungsbericht als auch im Erläuterungsbericht, einiges drinnen, das die Menschen natürlich sehr alarmiert hat. Die Bürgerinitiative hat in wenigen Wochen mehrere hundert, ich glaube 600 und mehr, Unterschriften gesammelt, die Forderung erhebt, dass die Papiermühlgasse weiterhin als Sackstraße ausgeführt bleibt und nur die Fuß- und Radwegverbindung zur Wiener Straße hin weiterhin so bestehen bleibt. Das sieht nämlich der Bebauungsplan nicht vor, denn in der Erläuterung ist auf Seite 14 nachzulesen, dass durch die Regulierung der Papiermühlgasse, das ist ein Zitat: „Auf neun Meter wird der Bauplatz B über die gesamte Länge erschließbar sein“. Das ist der Punkt, um den es hier geht. Eine Kfz-taugliche Verbindung, die viele Schleichverkehre in der Frühspitze, in der Nachmittagsspitze, bahnhofgürtelseitig bzw. wienerstraßenseitig unter Umständen einlädt, dort durchzufahren, das sind ja auch gelernte Wege, die unter Umständen passieren und die Lebensqualität der Menschen sehr vernachlässigen würden. Was für mich unklar ist, die fachlichen Unterstützungsleistungen durch andere Fachabteilungen, wie etwa die Verkehrsplanung sollte gegeben sein im Falle einer Bebauungsplanaufgabe und in diesem Sinne möchte ich an dich, Elke Kahr, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

### **Frage**

richten: Wie bewertest du als Verkehrsstadträtin den laut Bebauungsplan geplanten Ausbau der Papiermühlgasse und die damit verbundene Öffnung den allgemeinen KFZ-Verkehr und die Durchbindung hin zur Wiener Straße (*Allgem. Appl*)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke, seit vielen Jahren ist die Papiermühlgasse für den Kfz-Verkehr eine Stich- oder Sackstraße aus Richtung der Mariengasse, die die derzeit vorhandenen Wohnhäuser aufschließt, jedoch jeglichen motorisierten Durchzugsverkehr fernhält. Für den Geh- und Radverkehr gibt es aber sehr wohl bereits jetzt eine Wegeverbindung in Richtung Osten zur Wiener Straße. Damit ist die AnwohnerInnenschaft sehr zufrieden, zumal mit dieser Verkehrslösung der regionale wie der überregionale Autoverkehr aus dem gesamten Quartier relativ gut ferngehalten wird und auf den dafür vorgesehenen Hauptverbindungen gehalten werden kann. Die derzeit vorhandene verkehrliche Erschließung ist nicht nur im Sinne unseres Bekenntnisses zu einer Stadt der kurzen Wege erfolgreich, sie wird auch im Sinne der Erhaltung der Lebensqualität von den BewohnerInnen im 'Marienviertel' allgemein sehr begrüßt.*

*Nun liegt allerdings aktuell ein sehr umstrittenes Bauprojekt inkl. Wettbewerbsergebnis und ein daraus resultierender Bebauungsplan-Entwurf vor, der verständlicherweise für Aufregung sorgt. Nicht die Bebauung alleine sorgt für Unmut, es sind die Ankündigungen im Bebauungsplan 04.30.0, der einen Ausbau der Papiermühlgasse samt Öffnung hin zur Wiener Straße vorsieht. So besagt der Verordnungstext, dass für den Bauplatz B (das ist der südöstlich gelegene Bauplatz) Folgendes vorgesehen ist: "Die Tiefgaragenzu- und -abfahrt hat ausgehend von der Papiermühlgasse zu erfolgen." Noch deutlicher stellt der Erläuterungsbericht des Bebauungsplan-Entwurfs die künftige verkehrliche Belastung in der Papiermühlgasse dar. Es wird auf S. 14 unter Punkt 6. - Verkehrsanlagen Folgendes wörtlich formuliert:*

*"Die Zufahrt zum Bauplatz A erfolgt ausgehend von der Wiener Straße über die Papiermühlgasse." Und: "Die Zufahrt zum Bauplatz B erfolgt über die Papiermühlgasse". Der entscheidende Satz ist aber der folgende: "Durch Regulierung der Papiermühlgasse auf 9 m wird der Bauplatz B über die gesamte Länge erschließbar sein."*

*Mit diesem letzten Satz ist klar, dass die bisherige Sackstraße zur Kfz-tauglichen Durchbindung zwischen der Wiener Straße und der Mariengasse werden soll. Neue Umwegverkehre werden diese bisher ruhige Straße entdecken und nutzen.*

*Zum Bebauungsplan gab es eine hohe Zahl an Einwendungen, auch hat sich eine BürgerInnen-Initiative gebildet, die auf eine Beibehaltung der jetzigen Verkehrssituation pocht und nach meinem Wissenstand vor Wochen schon mehr als 600 Unterschriften für ihr Anliegen sammeln konnte.*

*Ein Bebauungsplan wird selbstverständlich und aus guten Gründen unter der Federführung und Hauptverantwortung der Abteilung für Stadtplanung entwickelt und bearbeitet, aber es werden im Verfahren die Stellungnahmen bzw. die fachliche Unterstützungsleistung anderer Fachabteilungen, wie etwa die der Verkehrsplanung, miteinbezogen.*

*In diesem Sinne möchte ich folgende Frage an dich richten:*

*Wie bewertest du als Verkehrsstadträtin den lt. Bebauungsplan geplanten Ausbau der Papiermühlgasse und die damit verbundene Öffnung und Durchbindung hin zur Wiener Straße für den Kfz-Verkehr?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Karl. Ich danke dir sehr für die Frage an mich, die es mir ermöglicht hat, eine letztendlich auch persönliche Haltung dazu zum Ausdruck zu bringen. Vorweg aber, die Zufahrt zum Bebauungsplanareal soll laut Stellungnahme meiner Abteilung, des Verkehrsplanungsamtes, von der Wiener Straße aus erfolgen. Da es noch keine Aussagen zur Bebauung entlang der Papiermühlgasse gibt, kann auch die Zufahrtssituation für diese Grundstücke noch nicht festgelegt werden. Daher erfolgt die zitierte offene Formulierung im Text, davon gehe ich jetzt

aus. Ich kann es kurz machen. Aus Sicht der Abteilung für Verkehrsplanung ist derzeit eine Beibehaltung eines Abschnittes als reiner Geh- und Radweg mit Grünraum, Bäumen und Verrieselungsflächen sinnvoll und auch im Sinne der vom Gemeinderat beschlossenen Ziele zur Förderung der sanften Mobilität. Ich persönlich teile diese Meinung voll inhaltlich und würde mir auch wünschen, dass das immer so bleibt und werde versuchen und auch alles daransetzen, dass die derzeitige Lösung, also die Papiermühlgasse in diesem Bereich ausschließlich für den Fuß- und Radverkehr auch weiterhin und künftighin beizubehalten ist (*Allgem. Appl.*).

**Dreiebnner:**

Ja, das ist sehr erfreulich, danke, Elke Kahr. Ich hoffe, dass zum einen eine Stellungnahme eintreffen wird für den Bebauungsplan im Ausschuss und im Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird und dass dieses dann auch hier von den Gemeinderatsmitgliedern im Ausschuss bzw. natürlich im gesamten Haus dementsprechend Berücksichtigung findet und ich danke dir für die Aussage, die du jetzt getätigt hast. Vielen Dank (*Allgem. Appl.*).

**6.7 Frage 7: Tarifbestimmungen Volksschul-Turnsäle  
(GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ an StR. Hohensinner, MBA, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat. In Graz gibt es unzählige Vereine, die sich ehrenamtlich für Freizeitangebote und für verschiedenste Gruppen Sportangebote organisieren und dafür oft den Turnsaal der Volksschule in der Nähe benutzen. In meinem Heimatbezirk Straßgang z. Bsp. hat ein einstimmiger Bezirksratsbeschluss dazu geführt, dass man jeden Freitag den Jugendlichen in der Nähe den Turnsaal in der Volksschule öffnet und

dafür hat man es geschafft, die Saalmiete auf null zu stellen und nur eine geringe Gebühr für Reinigung zu entrichten, die der Bezirksrat übrigens bezahlt. Das ist sehr einfach und unbürokratisch über das ABI quasi abgehandelt worden und dadurch wundert es mich sehr, dass in letzter Zeit sehr viele PensionistInnenvereine auf mich zugetreten sind und immer wieder beklagt haben, dass sie seit kürzerer Zeit auch Saalmieten für ihre PensionistInnenturnstunden anfallen und bezahlen müssen. Ich habe im Vorfeld mit verschiedensten Vereinen, über Jugendvereine, die Sportangebote organisieren und ältere, also Pensionistenvereine, gesprochen und es sind sehr viele verschiedene Zahlen entgegengebracht worden. Deswegen stelle ich an Sie jetzt, Herr Stadtrat, die

**Frage:**

Wie gestalten sich im Generellen die Tarifbestimmungen für die Benutzung der Turnsäle in den Volksschulen (*Allgem. Appl.*)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die*

**Frage,**

*wie gestalten sich die Tarifbestimmungen bei Benutzung der Volksschul-Turnsäle?*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Anna. Die Tarife der Schulraumvermietung wurden mittels Gemeinderatsbeschluss vom 18.3.2004 einstimmig beschlossen. Die

Tarife setzen sich aus Reinigung, Bereitschaft und einem Benützungsentgelt zusammen. Bei der Reining gibt es einen Pauschalbetrag pro Termin von 4,50 Euro, bei der Bereitschaft, da geht es darum, dass der Schulwart dann vor Ort ist, gibt es einen Stundensatz von 4,50 Euro, und das Benützungsentgelt richtet sich je nach Größe des Turnsaales. Vom Entgelt befreit sind Jugendkultur und Sportvereine. Bei der Vermietung wird nicht zwischen Volksschule und Neuer Mittelschule unterschieden, es kommt darauf an, wie groß der Turnsaal ist. Ein kleines Rechenbeispiel aus Andritz, NMS, da kostet die Stunde 19,70 Euro. Wenn man das Entgelt abzieht, bleiben 9 Euro übrig. Ein letzter Tipp von mir am Rande: Also man hätte das auch ganz leicht auf der Homepage der Stadt Graz nachschauen können. Ich habe den Link für dich, vielleicht nimmst den Link auch mit, dann kannst du das den Vereinen auch so weitergeben (*Allgem. Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Danke für den Tipp. Unabhängig davon, dass ich auch eine Rechnung vorne liegen habe, wo die Reinigungskosten z. Bsp. mehr als den von dir genannten Betrag betragen, möchte ich trotzdem die Zusatzfrage stellen: Kannst du dir vorstellen, diese Nutzungsbefreiung, also die Benützungsbefreiung, auch auf den PensionistInnenverein auszudehnen (*Allgem. Appl.*)?

**StR Hohensinner:**

Also beim Beispiel, was die Reinigung betrifft, das schaue ich mir gerne an. Es steht hier pro Termin 4,50 Euro. Ich weiß ja nicht, wie verschmutzt der Turnsaal dann war. Aber ich schaue mir das gerne an und werde das überprüfen. Aber deine Frage, ja, ich bin bereit und ich war auch schon bereit, also Pensionisten bekommen dieses Entgelt auch erlassen. Aus organisatorischen Gründen wickeln wir das über das städtische Seniorenbüro ab und das funktioniert (*Allgem. Appl.*).

**Bgm. Nagl:**

Nachdem zwei Fragen ähnlich lauten, dürfen wir die Fragen gleich zusammenfassen, 8 und 10, Ing. Roland Lohr fragt, wenn ich so sagen darf, dasselbe.

**6.8 Frage 8: Abstellplätze für einspurige KFZ  
(GR Dr. Hofer, ÖVP an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Hofer:**

Haben wir Platz zu zweit (*lacht*)? Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, geschätzte Kollegen im Gemeinderat. Zuerst freue ich mich sehr, dass ich wieder Teil des Gemeinderates bin und jetzt eineinhalb Jahre ja nicht da war. Deswegen ist es auch für mich, sage ich, Zeit, wieder gewisse Projekte, die ich initiieren durfte, nachzufragen, wie es darum steht. Deswegen jetzt die Frage an dich, liebe Elke, als nunmehrige Verkehrsstadträtin. 2014 konnte ich schon mit meiner Frage, damals noch mit dem derzeitigen Vizebürgermeister Eustacchio, bewirken, dass es zu einer Lösung gekommen ist für Parkplätze für einspurige motorisierte Fahrzeuge. Das ist meiner Meinung nach auch sehr gut umgesetzt worden. Ich glaube, dass das ein besseres Bild geschaffen hat, mehr Ordnung in den Straßenverkehr gebracht hat und auch Sorge getragen hat, dass einfach auch viel mehr einspurige Fahrzeuge mittlerweile in der Stadt Graz unterwegs sind und damit natürlich auch Parkplätze benötigen. Ich glaube, das ist durchaus eine Entwicklung, der man positiv gegenüberstehen kann, nachdem wir ja sehr viel Stau haben, sehr wenige Parkplätze haben mit einspurigen Fahrzeugen fällt das natürlich leichter und ist in der Natur der Sache, dass das vor allem in den Sommermonaten der Fall ist. Deswegen glaube ich, ist jetzt der Februar auch ein guter Zeitpunkt, hier nachzufragen. Was ich jetzt gesehen habe, und da will ich jetzt gar nicht das Projekt kritisieren, aber es ist in der Landhausgasse, da sind ja jetzt Parkplätze weggekommen. Gut, das ist so, dass in der Stadt sich einige Sachen entwickeln, neu gebaut werden, das ist ja auch gut so. Aber

für mich stellt sich jetzt die Frage, ob da ein adäquater Ersatz auch gemacht wird und deswegen darf ich dir die

**Frage**

stellen: Werden die verlorengegangenen Abstellplätze für einspurige KFZ in der Landhausgasse an anderer Stelle in der Nähe ersetzt bzw. werden Sie dafür sorgen, dass neue Abstellplätze für einspurige KFZ in Graz eingerichtet werden, ohne dass dafür Parkplätze für PKWs geopfert werden (*Allgem. Appl.*)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Frau Stadträtin Elke Kahr*

*Durch das Zusammenwirken mit Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio in seiner in der Vorperiode ausgeübten Zuständigkeit als Verkehrsstadtrat ist es gelungen, Abstellplätze für einspurige KFZ zu etablieren, ohne dass es zu Verlusten von Parkplätzen für PKW gekommen ist.*

*Leider ist jetzt festzustellen, dass im Bereich der Landhausgasse – zwischen Schmiedgasse und Raubergasse – wertvolle Abstellplätze für einspurige KFZ verloren gegangen sind.*

*Darüber hinaus ist festzustellen, dass in der Zeit Ihrer Zuständigkeit als Verkehrsstadträtin keine weiteren Abstellplätze für einspurige KFZ hinzugekommen sind.*

*Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende*

**Frage:**

*„Werden die verloren gegangenen Abstellplätze für einspurige KFZ in der Landhausgasse an anderer Stelle in der Nähe ersetzt bzw. werden Sie dafür sorgen, dass neue Abstellplätze für einspurige KFZ in Graz eingerichtet werden, ohne dass dafür Parkflächen für PKW geopfert werden?“*

**6.9 Frage 9: Ersatzparkflächen für Einspurige  
(GR Ing. Lohr, FPÖ an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Gäste, liebe Frau Stadtrat. Eben ja, haben gleich eine Premiere, dass wir im Duo auftreten. Freue mich auch, dass der Kollege Hofer jetzt wieder zu uns gestoßen ist und eben auch auf dieses wichtige Thema, das ja jetzt wieder im Beginn des Frühjahres auf uns zukommen wird, hinweist. Auch uns ist es schon herangetragen worden. Es ist einerseits eben der Bereich da um das Kaufhaus Brühl oder um das neu entstandene Hotel, dass da eben diese Parkplätze wegfallen. Wir wollen ja die Leute auf zweispurige oder auf zweirädrige Fahrzeuge, egal ob rad- oder motorbetrieben, bringen. Und darum ist auch für uns das eine wichtige Frage. Es ergeht daher die Anfrage an Sie, Frau Stadtrat, welche Konzepte wurden im Rahmen Ihrer Verantwortlichkeit erarbeitet, um dem Wegfall von Parkplätzen wirksam zu begegnen (*Allgem. Appl.*)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin!*

*Im Zuge der beginnenden Umbauarbeiten im Bereich*

*Schmiedgasse/Landhausgasse/Raubergasse werden die geplanten Ersatzflächen für*

*Einspurige, die aufgrund des neuen Hotels im „Brühl-Haus“ verloren gegangen sind, für einen längeren Zeitraum nicht zur Verfügung stehen. Zum großen Bedauern der Fahrer von muskel- und motorbetriebenen Zweirädern wird sich die Situation zumindest in diesem Bereich vermutlich bis in den Frühsommer ziehen.*

*Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

*Anfrage*

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Welche Konzepte wurden im Rahmen Ihrer Verantwortlichkeit erarbeitet, um den Wegfall von Parkplätzen wirksam zu begegnen?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ja, sehr geehrter Herr GR Hofer, sehr geehrter Herr GR Lohr. Auch ich freue mich und zwar, dass Sie diese Frage an mich richten, weil auch mir dieses Thema wichtig ist und möchte Ihnen wie folgt antworten: Einige der vorhandenen Stellplätze für einspurige KFZ wurden, wie auch schon in den vergangenen Jahren, witterungsbedingt deaktiviert bzw. abgeändert. Jener in der Landhausgasse, den Sie angesprochen haben, wird nach Fertigstellung der Bauarbeiten zur Umgestaltung der Fußgängerzone auf der gegenüberliegenden Straßenseite selbstverständlich wieder eingerichtet werden. Das ist das eine. Sehr wohl wurde auch in letzter Zeit, soweit es im Einklang mit der Bezirksvorstehung Innere Stadt möglich war, das muss ich immer dazusagen, das Angebot an einspurigen KFZ-Stellplätzen ausgeweitet. So wurden erst vor kurzem auf dem Kapistran-Pieller-Platz am östlichen Brückenkopf der Hauptbrücke bereits Stellplätze für einspurige KFZ verordnet. Bisher war hier nur das Abstellen von Fahrrädern erlaubt. Die Umsetzung und Markierung wird mit Beginn der warmen

Jahreszeit erfolgen, auch am Opernring neben dem Opernpavillon wurden entsprechende Stellplätze geschaffen.

Interessiert Sie auch die Abstellflächen für Fahrradabstellplätze, soll ich das dazu berichten? (*Lautes Lachen im Gemeinderatssaal*). Ja. Sonst könnte ich Ihnen nämlich auch einiges dazu sagen, war aber natürlich nicht mitgemeint, aber bitte um die Zusatzfragen.

**Bgm. Nagl:**

So, jetzt kommen zwei Zusatzfragen oder eine?

**GR Hofer:**

Einmal meine (*lacht*). Ich bin ein großer Statistikfan, deswegen habe ich mir das auch noch angeschaut. Damals im Antrag 2013 haben wir von 12.800 einspurigen Fahrzeugen gesprochen. Das hat sich, wie ich mir schon erwartet habe, doch deutlich hat sich das gesteigert, um 18 %. Prozentzahlen sind immer so eine Sache, aber in absoluten Zahlen, das sind 2.400 Einspurige mehr. Also, ich glaube, der Bedarf mit mittlerweile fast 20.000 Einspurigen ist wirklich da. Es freut mich sehr, dass es da schon neue Projekte gibt. Können Sie sich auch vorstellen, dass da in weiterer Folge, so wie das eigentlich seit 2014 ja auch Usus war, vor allem an öffentlich exponierten Plätzen weitere Abstellplätze dazukommen? Dass Graz irgendwann einmal, so wie auch in Italien das durchaus Usus ist, wo ich es auch gesehen habe, dass dann wirklich eine schöne Landschaft entsteht, wo Leute mit motorisierten einspurigen Fahrzeugen auch wissen, dass sie sich bei großen öffentlichen Gebäuden auch sorgenlos hinstellen können?

**Bgm Nagl:**

Fassen wir es wieder zusammen. Herr Ing. Lohr bitte.

**Lohr:**

Ja, auch von meiner Seite, danke einmal für die Beantwortung. Frau Stadtrat, der Kollege Hofer hat es ja ausgeführt, der Bedarf wird eher höher, weil es ist natürlich ein Verkehrsmittel, das gerade in der schönen Jahreszeit schnell uns von A nach B bringt und, wie gesagt, damals unser Verkehrsstad Eustacchio hat ja angefangen mit den schönen Markierungen für die einspurigen Fahrzeuge und ich will jetzt eben auch schon Richtung Zukunft gehen. Es ist ja auch im Bereich um den Hauptplatz ein erhöhter Bedarf, also nicht nur am Opernring, sondern wirklich in der Innenstadt direkt. Und können Sie sich da innovative Projekte vorstellen? Ich sage nur einmal Stichwort: Bienengarage oder haben Sie da Konzepte, wie man im Bereich Hauptplatz für die Einspurigen eine Parkmöglichkeit schaffen können? (*Allgem. Appl.*).

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Der Herr GR Lohr sagt immer so schön Frau Stadtrat (*lacht*) und das gilt natürlich mir und da ist ja in Ordnung, ich habe kein Problem, ist mir wurscht (*lacht*), aber ist mir natürlich auch das Rad dadurch in den Kopf gekommen. Ich und mein Amt haben dafür Sorge zu tragen, dass sowohl die einspurigen KFZ natürlich nach Möglichkeit noch mehr Stellplätze dafür zu sorgen und aber selbstverständlich natürlich auch für die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer. Beides ist notwendig und Sie wissen aber auch beide, dass natürlich irgendwie der Platz endenwollend ist, weil auf eines habe ich schon aufgepasst sehr genau: Sie haben gesagt, es soll nicht auf Kosten von Parkplätzen gehen und irgendwann werden wir halt an den Punkt kommen, wo es aber ohne den nicht gehen wird. Wir werden alles ausloten selbstverständlich, weil das ist erfreulich, dass sowohl der Anteil an FahrradfahrerInnen, aber auch der MotorradfahrerInnen zunimmt. Das ist eine gute und tolle Sache. Wir brauchen das, das soll gefördert werden und wir haben natürlich auch zu sorgen, dass sie die nötigen Abstellflächen in unserer Stadt vorfinden (*Allgem. Appl.*).

**Bgm. Nagl:**

Bei allen Zweitaktern würde ich das nicht unterschreiben, Frau Stadträtin (*lacht*).

**6.10 Frage 10: Umrüstung auf Smart-Meter  
(GR Luttenberger, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

**GR Luttenberger:**

Selbstverständlich, sehr geehrte Damen und Herren. Warten ist immer etwas mit Geduld, die habe ich auch. Herzlich Willkommen den Damen und Herren auf der Galerie. Zunächst eine kleine Überraschung. Ich werde meine Frage nicht an die Frau Stadträtin Kahr stellen, sondern ich werde das ein bisschen streuen und nachdem es so elektrisch digitale Sachen sind und mit Geld hat es auch zu tun, geht es eben an den Herrn Finanzstadtrat. Titel: Unterstützung, Umrüstung, Smart-Meter. Wie Sie wissen, wird heuer und nächstes Jahr mit Hochdruck an der Umstellung von diesen analogen Ferrari-Stromzählern zu den digitalen mit Elektronik vollgepackten Smart-Metern mit Hochdruck begonnen. Dass so ein Unterfangen nicht billig ist und durchaus mit hohen Kosten verbunden ist, das liegt, glaube ich, auch auf der Hand. In Graz eingeteilt ist dafür das Unternehmen Citycom, das ist wieder ein Teil der Energie Graz und die Energie Graz ist wieder ein Teil der Holding Graz, die diesen Auftrag bekommen hat und überraschend ist, da geht es nicht nur um den Austausch dieser Stromzähler. Es müssen ja auch das obere Equipment hergerichtet werden, nämlich die sogenannten Trafostationen, die müssen smartmetertauglich gemacht werden, das heißt, es soll ja dann künftig ein reger Datenaustausch zwischen den Haushalten und den Energieunternehmen stattfinden, wertfrei gesagt. Das soll bis 2020 über die Bühne gehen. Die Citycom hat schon vor einiger Zeit gesagt, also sie hätte eigentlich gerne mehr Personal gehabt, um dieses Unterfangen abzuschließen. Aber das geht eben nicht und jetzt wird eben intern Personal umgeschichtet, um diesen Zeitraum

einhalten zu können und wie gesagt, über die Kosten habe ich schon gesprochen und jetzt die

**Frage**

an den Herrn Finanzstadtrat: Wie hoch sind die Kosten für das Umrüsten auf Smart-Meter für das Haus Graz bisher gewesen? Und welche Höhe der Kosten wird noch zu erwarten sein (aufgeschlüsselt nach Anschaffung einer Installierung der neuen Stromzähler, Umrüstung der Trafostationen, etwaige Kosten)? Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Stadtrat,*

*heuer geht es in Graz mit dem Austausch „alter“, jedoch funktionierender Stromzähler (analoger Ferrari-Zähler) so richtig los. Ersetzt werden sie durch die neuen mit Elektronik vollgepackten Smart-Meter. Dass ein solches Umrüsten mit hohen, oft unwägbareren Kosten verbunden sein wird, liegt auf der Hand. Unter anderem wurde die Citycom von der Energie Graz (beide Töchter der Holding Graz) mit der Umrüstung beauftragt und nimmt bauliche Adaptierungen seit 2015 an rund 700 Trafostationen vor, um diese „Smart-Meter-tauglich“ zu machen. Die Adaptierungen werden benötigt, damit die Trafostationen, die Daten aus den Haushalten an die Energie Unternehmen übertragen zu können. Bis 2020 soll dieses Unterfangen in der Stadt Graz flächendeckend abgeschlossen sein. Obwohl die Firma Citycom für dieses Unterfangen mehr Personal benötigen würde, gibt es kein zusätzliches. Daher müssen die bestehenden Personalstände so umgeschichtet werden, um diesen Auftrag abarbeiten zu können. Die reale Kostenfrage ist und bleibt - wie erwähnt - relevant.*

*Frage:*

*Wie hoch sind die Kosten für das Umrüsten auf Smart-Meter für das Haus Graz bisher gewesen und welche Höhe der Kosten wird noch zu erwarten sein (aufgeschlüsselt nach: Anschaffung und Installierung der neuen Stromzähler, Umrüstung der Trafostationen, sonstigen Kosten)?*

**StR Riegler:**

Sehr geehrter, lieber Herr GR Luttenberger, danke für die Frage. Das gibt mir Gelegenheit, ein Bekenntnis zum Klimaschutz und zum Umweltthema abzugeben. Denn wir verhandeln hier in diesen Räumlichkeiten oft über die Dinge, die entweder weit, weit zurückliegen oder oft überhaupt nichts mit unseren Zuständigkeiten zu tun haben. In diesem Fall aber möchte ich sagen, ist es wirklich sinnvoll, dass eines der dringendsten Probleme, morgen wird es auch eine Schülerdemonstration in Graz geben zu diesem Thema, eben der Klimaschutz ist, das Abschmelzen der Polkappen, der Permafrost und daher ist es nur zu begrüßen, wenn die EU bereits vor einiger Zeit in der Binnenmarktrichtlinie festgelegt hat, dass wir eben verpflichtet werden, in einem bestimmten Zeitraum zu einem bestimmten Prozentsatz tatsächlich auch einheitlich auf Smart-Meter umzustellen. Diese Smart-Meter können mehrere Wohltaten bewirken. Erstens einmal beim Kunden, dass man seinen Verbrauch besser optimieren kann und daher besser Bescheid weiß, wann es vielleicht vernünftig ist, auch Stromquellen an- und abzuschalten. Andererseits können auch die EVUs besser planen und, wie Sie wissen, ist es ja in der Energiepolitik durchaus ein heißes Thema, dass man gerade durch die erneuerbaren Energiequellen und die Nutzung derselben eigentlich zu Leistungsspitzen oder Leistungstälern kommen kann, weswegen es oft sogar in effizienter Weise notwendig ist, jetzt mehr konventionelle Kraftwerke im Hintergrund mitlaufen zu haben. Denn kaum kommt irgendwo eine Wolke daher, ist plötzlich auf einmal die Fotovoltaikanlage lahm. Und daher ein großes Bekenntnis zur Umstellung auf Smart-Meter. Die zweite Gelegenheit, die ich hier jetzt gleich habe, ist, auf die Wohltaten der Energie Graz und der Citycom hinzuweisen, die wurden nämlich sogar von der Energie Control Austria als positives Vorzeigebeispiel genannt, nämlich

deshalb, weil wir für die Datenübertragung unsere eigenen Glasfasernetze von der Citycom nutzen können, die eben erfreulicherweise in den vergangenen Jahrzehnten, vorausblickender Weise, in der Erde verlegt worden sind. Daher erste Frage von Ihnen, ist das alles zu bewältigen? Antwort, ja, ich habe mit den Managern der Citycom gesprochen, die haben mir gesagt, das ist zu bewältigen, sowohl personell als auch vom Budget her und die zweite Frage, was kostet es? Nun muss ich sagen, das, was wir an Vorleistungen zukaufen, um dieses Smart-Meter-Umstellungen zu bewerkstelligen, da darf ich gar keine Auskunft geben. Hier geht es um Vertragsdetails, die geheim sind und die geheimzuhalten sind. Was ich sagen kann, ist, dass wir insgesamt auf der Seite der Energie Graz ca. 16 Millionen bisher investiert haben in den Rollout der Feldtestphase, und was ich noch berichten kann, ist, dass es für das Haus Graz insgesamt keine finanzielle Belastung bewirken wird (*Allgem. Appl.*).

*Bgm. Nagl: Zusatzfrage?*

**Luttenberger:**

Danke, die gibt es. Ja danke für die Ausführungen. Ich sage es salopp, also wer zahlt das jetzt dann? Die Stromkunden? Oder das ist die Frage. Oder gibt es wieder eine geheime Blackbox, von der ich nichts weiß (*lacht*)?

*Zwischenruf GR Lohr: Strombox.*

**StR Riegler:**

Zunächst einmal zahlt man es sich durch die Einsparung selbst. Weil, indem wir Bürgerinnen und Bürger alle miteinander gescheiter werden, was den Energieeinsatz betrifft, ersparen wir uns Energiekosten, die dann andererseits natürlich dem

gegenüber steht natürlich der Aufschlag für die Kosten der Stromnetzgesellschaft und die sind ja sowieso schon drauf. Also eigentlich ersparen wir uns das, was es uns kostet (*Allgem. Appl.*).

***Vorsitzwechsel - Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.35 Uhr).***

**6.11 Frage 11: Radweg-Unterführung Eggenberger Straße  
(GR<sup>in</sup> Ussner, Grüne an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Ussner:**

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuschauer, Zuschauerinnen auf der Tribüne, sehr geehrter Stadtsenat, Frau Stadträtin, liebe Elke. Vor kurzem ist ja der nördliche Radweg bei der Unterführung am Hauptbahnhof in der Eggenberger Straße zugunsten einer KFZ-Spur für zwei Jahre rückgebaut worden. Begründet ist das worden mit einer Vermeidung von Staukosten, eben wegen der zweiseitigen Sperre in der Alten Poststraße und den zusätzlichen Verkehrsbelastungen in der Eggenberger Straße dann eben. Für mich beschreibt so ein Vorgehen eigentlich die seit Jahrzehnten verfehlte Verkehrspolitik in Graz. Nämlich die Idee, nur mit breiteren Straßen bekommt man mehr Autoverkehr in den Griff und dass das nicht funktioniert haben andere Städte auch schon seit Jahrzehnten begriffen, Graz aber nicht. Außerdem haben wir uns auf ein Mobilitätskonzept geeinigt, das klare Ziele definiert hat und solchen Projekten eigentlich diametral entgegenstehen. Deswegen meine

**Frage,**

wie lässt sich der Umbau des Radweges in der Eggenberger Straße in eine Autoabbiegespur mit den Mobilitätszielen in der Stadt Graz sowie mit den dringenden

Erfordernissen hinsichtlich der Förderung der sanften Mobilität in Einklang bringen?  
(Appl.).

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin,*

*wie lässt sich der Umbau des Radweges in der Eggenberger Straße in eine Autoabbiegespur mit den Mobilitätszielen der Stadt Graz sowie mit den dringenden Erfordernissen hinsichtlich Förderung der sanften Mobilität in Einklang bringen?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Tamara. Ich möchte nur einen Satz, du hast gesagt, Jahrzehnte verfehlte Verkehrspolitik. Das würde ich jetzt so aus deiner Sicht jetzt vielleicht nicht sagen, weil es war ja doch eine Periode auch eure Partei zuständig. Das würde ja bedeuten, ihr hättet es auch gemacht. Und davon gehe ich jetzt nicht aus, dass du das jetzt so siehst. Aber zu deiner Frage. Beim Umbau des nördlichen Geh-/Radweges Eggenberger Straße bzw. Bahnhofunterführung und Waagner-Biro-Straße handelt es sich um eine temporäre Maßnahme, wie du es schon angesprochen hast, mit der Errichtung der Straßenbahnlinie Reininghaus bedingten veränderten Verkehrsströme. Die Projektleitung liegt bei der Stadtbaudirektion. Begründet ist die Maßnahme damit, dass aufgrund von Modellrechnungen eines beauftragten Planungsbüros durch die Sperre der GKB-Unterführung in der Alten Poststraße mit mehr KFZ-Verkehr, also Umleitungsverkehr am Gürtel und in der Eggenberger Straße, zu rechnen ist. Seitens meiner Abteilung, der Verkehrsplanung, konnte statt einer ursprünglich vorgesehenen Totalsperre des nördlichen Geh-Radweges eine Umplanung mit richtungsgebundenem Radverkehr in Richtung Westen erwirkt werden. Baustellen dieser Dimensionen sind immer mit gewissen Belastungen für AnwohnerInnen sowie Einschränkungen für VerkehrsteilnehmerInnen verbunden. FußgängerInnen vom und Richtung Bahnhof müssen gewisse Umwege in Kauf nehmen. Geringer ist hingegen die

Auswirkung auf den Radverkehr. Der nun eingerichtete Mehrzweckstreifen ist zugegeben nicht sehr üppig ausgefallen. Manche sich weniger sicher föhlende RadlerInnen werden womöglich lieber den offenen südseitigen Geh- und Radweg nutzen. Die Kreuzungssituation Waagner-Biro-Straße mit vorzeitiger Verschwenkung über die Gleistrasse zur Radfahrüberfahrt ist aber eine gute Lösung gerade im Hinblick auf die aktuell oft zitierte Gefahr durch rechtsabbiegenden LKW-Verkehr. Die verkehrspolitische Zielsetzung der Stadt wird von dieser temporären Maßnahme selbstverständlich nicht konterkariert, wie du es im Motiventext anschreibst. Im Gegenteil, sie dient ja mit dem Ausbau der Straßenbahn und damit der Förderung der sanften Mobilität genau diesem Ziel. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass etwa erreicht werden konnte, die gesperrte GKB-Unterführung für FußgängerInnen und als Radschiebestrecke durchgehend offen zu halten während dieser Baustelle, eine für den motorisierten Nahverkehr absolut wichtige und notwendige Maßnahme. Sicher ist, dass die eine oder andere Nachjustierung notwendig sein wird, etwa bei der Umleitungsbeschilderung, die es leider noch nicht gibt und die Baufirmen noch nicht eingerichtet haben, da sind wir dahinter. Und sollte sich zeigen, dass die Verkehrsentwicklung in der Realität anders verläuft als prognostiziert und berechnet, werden wir selbstverständlich diesem Ansinnen dann Rechnung tragen und durchaus auch eventuell für eine notwendige Änderung sorgen (*Allgem. Appl.*).

**Ussner:**

Also für mich ist der Mehrzweckstreifen, der da jetzt gebaut worden ist, als Ersatz eigentlich mehr eine Todesfalle als irgendetwas andere. Also ich kann mir nicht vorstellen, dass der dann auch wirklich genutzt wird. Soviel dazu und außerdem finde ich die Argumentation jetzt nicht ganz schlüssig, dass man sagt, man fördert sanfte Mobilität. Aber es geht dann entweder nur eine Bim und den Radweg muss man dann zurückbauen und das muss man in Kauf nehmen. Weil im Prinzip, um was geht's? Es geht darum, dass die Autofahrer so wenig Zeiteinschränkung wie möglich haben.

*Zwischenrufe GR Haberler: Frage?*

**Ussner:**

Dass die Autofahrer so wenig Zeiteinschränkung wie möglich haben und den Radfahrern wird es aber trotzdem zugemutet. Also ich finde, entweder man fördert sanfte Mobilität oder man macht es den Autofahrern so gemütlich wie möglich. Und entweder man tritt ein für eine verkehrspolitische Verbesserung und Klimaschutz oder man macht Politik für die Autos. Es geht sich beides gleichzeitig einfach nicht aus. Ich würde nur gerne wissen, wie viel Kosten das jetzt verursacht, diesen Radweg wegzureißen und dann in zwei Jahren wieder hinzubauen (*Allgem. Appl.*).

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Ist das jetzt eine Frage gewesen?

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Die Frage kann ich dir gerne nächste Woche beantworten, kann ich dir jetzt nicht sagen.

**6.12 Frage 12: Gefährdung durch Verkehrsinseln  
(GR Haberler, MBA, ÖVP an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Haberler:**

Liebe Kollegen und Gäste auf der Bühne, geschätzte Frau Stadträtin Kahr. Wir haben auch in der Stadt Graz Verkehrsinseln zum Zweck der Straßensicherheit. In den letzten Jahren sehr stark wurden sie gebaut, so wie in der Augasse, in der Plüddemanngasse,

Andreas-Hofer-Platz, Heinrichstraße usw. Dadurch hat sich Folgendes zum Positiven gewandt: dass, wenn ein Fußgänger schwer zu Fuß ist beim Überqueren und die Ampel auf Rot schaltet, kann er in der Mitte stehen bleiben und abwarten, bis sie wieder auf Grün ist. Gesehen habe ich allerdings noch keinen Fußgänger, der das so praktiziert hat. Außer, er ist bei Rot in die Ampel gelaufen. Zum Negativen muss ich aber anmerken, was sehr stark aufgetaucht ist, ist, dass die Verkehrsinseln durch diverse Schilder blockiert werden. Da sind Richtungspfeile, Leitplatten, da ist auch eine Tafel, dass das ein Fußgängerübergang ist, da sind Tafeln aufgestellt für Zonenbeschriftungen usw., die den Blick auf die Straße natürlich dadurch behindern für den Autoverkehr. Durch diese Verkehrsschilder habe ich eine persönliche Geschichte schon gesehen, dass wirklich Kinder übersehen worden sind und da ist es fast zu einem extrem folgenschweren Unfall gekommen. Gott sei Dank ist es nicht so gewesen, aber das war sehr schlimm. Für Einsatzfahrzeuge sind sie, wenn sie in der Blaulichtfahrt sind, genauso ein Hindernis, weil die Leute stehenbleiben und sie nicht dann in der Mitte quasi wie bei deiner Rettungsgasse durchfahren können. Wenn Baumaßnahmen stattfinden oder Verkehrsunfälle, dann ist es so, dass die Spuren so blockiert werden, dass sich ein extremer Rückstau bildet, weil man dort ganz schwer vorbeifahren kann, weil in der Früh der Verkehr halt dichter ist. Und was auch vorkommt, ist, dass mit KFZ oft sehr lange Umwege in Kauf genommen werden müssen, weil genau bei Ausfahrten so eine Insel ist, wo man dann halt nicht ausfahren kann, wo man lang im Kreis fahren kann, was natürlich Stau verursacht. Es gibt keinen Preis, der höher ist, als die Gesundheit des Menschen und dies zu schützen, ist ein ganz wichtiger Teil der Verkehrsplanung. Wir bauen Verkehrsinseln zum Schutz mancher und riskieren dafür die Gesundheit anderer. Weil durch provozierte Staus Einsatzfahrzeuge gebremst werden. Wenn Autofahrer Sirenen hören, bleiben sie stehen, manche verharren in Schockstarre. Durch Verkehrsinseln ist der Einsatzwagen an der Weiterfahrt behindert. Die Feuerwehr kommt zu spät zum Brand, die Rettung braucht länger zum Schlaganfallpatienten, wo es um jede Sekunde geht, die Polizei ist später beim Raub. Auf diese Umstände wurde auch schon in einem offenen Brief der Einsatzorganisation an den Herrn Bürgermeister hingewiesen. Deshalb stelle ich die

**Frage:**

Wie werden Sie mit der in diesem Motivenbericht beschriebenen Problematik in Zukunft umgehen bzw. werden Sie diese auch in Zukunft verkehrsplanerischen Überlegungen berücksichtigen (*Allgem. Appl.*)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr!*

*Verkehrsiseln werden zu dem Zweck errichtet, dass sie im Straßenverkehr für mehr Sicherheit sorgen soll(t)en. In den letzten Jahren wurden einige davon neu errichtet (Augasse, Plüddemanngasse, Andreas-Hofer-Platz, Heinrichstraße, Algersdorferstraße und viele mehr).*

*Dadurch hat sich, wenn man so will, Folgendes zum Positiven verändert: Langsamere Fußgänger können in der Straßenmitte verweilen. Andererseits fällt negativ auf:*

- Auf Verkehrsiseln sind diverse Hinweisschilder montiert (Richtungspfeile, Leitplatten sowie Hinweistafel für Beginn und Ende einer Zonen-beschränkung u. ä.), welche die Sicht auf den Straßen- bzw. Fußgängerverkehr behindern.*
- Durch die Hinweisschilder auf Verkehrsinsel werden kleinere Kinder verdeckt.*
- Für Einsatzfahrzeuge stellen Verkehrsiseln ein Hindernis bei Blaulichtfahrten dar.*
- Bei Baumaßnahmen und Verkehrsunfällen ist ein Ausweichen in vielen Fällen nicht möglich.*
- Mit dem KFZ muss man lange Umwege in Kauf nehmen, um eine Einfahrt ordnungsgemäß verlassen oder in eine solche einfahren zu können.*
- Diese Inseln sind für die Straßenreinigung und Schneeräumung ebenso ein Hindernis – vor allem dann, wenn einmal viel Schnee liegen sollte.*

*Kein Preis ist höher als jener der Gesundheit eines Menschen. Dies zu schützen, ist ein ganz besonders wichtiger Teil der Verkehrsplanung.*

*Wir bauen Verkehrsinseln zum Schutz mancher und riskieren dafür die Gesundheit anderer, weil durch provozierte Staus Einsatzfahrzeuge gebremst werden. Wenn Autofahrer eine Sirene hören, bleiben sie stehen und manche verharren in Schockstarre. Durch Verkehrsinseln ist der Einsatzwagen an der Weiterfahrt behindert: Die Feuerwehr ist später beim Brand, die Rettung braucht länger zu einem Schlaganfallpatienten, wo es um jede Sekunde geht, die Polizei später beim Raub.*

*Auf diese Umstände wurde auch schon in einem offenen Brief der Einsatzorganisationen an unseren Herrn Bürgermeister hingewiesen.*

*Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Kahr, folgende*

**Frage:**

*„Wie werden Sie mit diesen im Motivenbericht beschriebenen Problematiken in Zukunft umgehen bzw. werden Sie diese auch in zukünftigen verkehrsplanerischen Überlegungen berücksichtigen?“*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Die Errichtung von Verkehrsinseln erfolgt nach genauer Prüfung und Abwägung verschiedener Maßnahmen aus Gründen genau der auch von Ihnen zitierten Verkehrssicherheit. Zu der Verbesserung, die Sie erwähnt haben, dient eben vor allem der Sicherheit für querende FußgängerInnen, vor allem älterer Menschen, die auf der Insel einen Zwischenstopp einlegen können. Hinzu kommt noch ein generell tempodämpfender Effekt dazu und dort, wo die Anlage in Kombination mit Haltestellen erfolgt, wird damit das Überholen von Kaphaltestellen haltenden Bussen verhindert. Das hat bisher immer ein großes Problem dargestellt. Zu den Einsatzorganisationen, dem Verkehrsplanungsamt und auch dem Straßenamt liegt ein so offener Brief nicht vor, auch nicht meinem Büro. Ganz im Gegenteil, den Notwendigkeiten der Einsatzorganisationen wird durch deren institutionelle

Einbindung sowohl in den Planungsprozess als auch in die Behördenverfahren immer Rechnung getragen. Wie eine vom Straßenamt kurzfristig durchgeführte Abfrage auch gezeigt hat, liegen der Behörde keine Beschwerden der Einsatzorganisationen bezüglich Behinderungen durch Mittelinseln bei Einsatzfahrten vor (*Allgem. Appl.*).

**Haberler:**

Dankeschön. Ich möchte fragen, ich werde da schauen, dass ich diesen Brief bekomme, dass wir uns vielleicht im Ausschuss einmal damit befassen, auch in Zukunft. Ich hätte deswegen auch die Frage, ob Sie da bereit sind, wenn solche Sachen baulich gemacht werden, dass wir auch vorab informiert werden. Wir tun ja das Geld freigeben quasi. Aber wir wissen dann nicht, wo was genau oft gebaut wird oder zu spät, was dann schon in Umsetzung ist. Dass wir dann auch im Gemeinderat im Ausschuss vorher darüber informiert werden, dass wir eventuell die persönliche Erfahrung auch der Bezirksvertretung einfließen lassen können. Sind Sie dazu bereit? (*Appl.*).

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Alle Vorhaben, die wir planen, können immer gerne mit uns besprochen werden und dort, wo es notwendig ist sowieso, wegen der finanziellen Bedeckung muss es ja sogar in den Verkehrsausschuss (*Appl.*).

**6.13 Frage 13: Juryverfahren Kulturjahr 2020  
(GR<sup>in</sup> Dipl. Mus. Braunersreuther, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Stadtrat. In der Februarausgabe der BIG, die vielleicht einige hier Anwesende gelesen haben, wird

schon auf dem Titelblatt angekündigt, dass der Grazer Künstler Tom Lohner für das Kulturjahr 2020 „etwas im Talon“ habe. Im Innenteil wird dann noch einmal betont, dass er noch geheim in seinem Atelier an, und das ist ein Zitat jetzt, „an einer wirklich argen Sache“ für das Kulturjahr 2020 arbeiten würde. Nichts jetzt gegen Tom Lohner. Aber es war für mich und für viele aus der Grazer Kulturszene doch etwas verwunderlich und auch ein bisschen verunsichernd, denn der Call für das Kulturjahr 2020 endet ja erst am 18. März 2019, also in etwas mehr als einem Monat. Wie kann dann ein Tom Lohner oder wer auch immer jetzt schon wissen, dass er da etwas machen wird? Deswegen meine

**Frage:**

Wie wollen Sie sicherstellen und besonders nach diesem medialen, ich sage jetzt einmal, Desaster, das durch ein stadteigenes Medium ausgelöst wurde, dass die Jury für das Kulturjahr 2020 unvoreingenommen und fair über die eingereichten Projekte urteilt? Ich zweifle dabei nicht an der Jury, denn ich kenne ja die Zusammensetzung. Wir alle kenne die, kann man nachlesen. Aber wie kann man sicherstellen, dass es auch wirklich diese Jury, nur die darüber urteilt, wer Projekte verwirklichen wird und dass nicht schon vorher Entscheidungen getroffen werden über KünstlerInnen, die vielleicht durch eine Nähe zu der derzeitigen Regierung da mitreingenommen werden (*Allgem. Appl.*)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Stadtrat,*

*in der Februar-Ausgabe der BIG wird bereits am Titel angekündigt, dass der Grazer Künstler Tom Lohner für das Kulturjahr 2020 „etwas im Talon“ habe. Im Innenteil wird noch einmal betont, dass er noch geheim in seinem Atelier „an einer wirklich argen Sache“ für das Kulturjahr 2020 arbeite. In der Grazer Kulturszene hat diese Ankündigung für große Aufregung gesorgt – endet doch der Call für das Kulturjahr*

*2020 erst mit dem 18. März 2019. Dass ein Künstler, der durch Auftragsarbeiten bereits wiederholt Nähe zur derzeitigen Regierungskoalition gezeigt hat, sich bereits mehr als einen Monat vorher mit seiner Teilnahme am Kulturjahr brüstet und dies auch noch im stadteigenen Informationsmedium publik gemacht wird, lässt Zweifel an einem fairen Auswahlverfahren aufkommen.*

**Frage:**

*Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Jury für das Kulturjahr 2020 unvoreingenommen und fair über die eingereichten Projekte urteilt?*

**StR Riegler:**

Ich weiß nicht, ob mediales Desaster nicht vielleicht doch eine etwas leicht überhöhte Bemerkung ist. Also ein mediales Desaster würde ich dann doch anders beurteilen. In der BIG ist meines Wissens gestanden, dass Herr Tom Lohner an einem Projekt arbeitet. Möglicherweise ist es eine verkürzte Darstellung, dass er an einem Projektvorschlag arbeitet. Denn natürlich sind Künstlerinnen und Künstler, die sich dafür interessieren, herzlich eingeladen, Projektvorschläge auszuarbeiten und zwar bis Mitte März und natürlich kommt es vor, dass Künstlerinnen und Künstler mich eigentlich beinahe täglich darauf ansprechen und sagen, ja also ich hätte gerne ein Projekt vor, einzureichen und möchte eines vorschlagen. Also insofern ist das eigentlich etwas ganz Natürliches, das ist aber noch weit und weit davon entfernt, dass es bedeuten würde oder, weil das so zitiert wird im BIG, dass es bedeuten würde, dass es gewissermaßen schon eine Art Vorentscheidung geben würde. Da würde sich tatsächlich der Programmbeirat, den Sie ja eh gelobt haben, schön bedanken. Wir haben eigentlich ganz bewusst in der Vororganisation, in der Vorbereitung das Modell so aufgestellt, dass wir gesagt haben, es solle eben eine kollektive Intendanz in Form dieses Programmbeirates tätig sein. Die sollen die Einreichungen beurteilen, die sollen dann eine Evaluierung und eine Vorschlagsliste und eine Reihung erstellen und anschließend wird dann der Programmbeirat im April, Mai nach Fertigstellung, oder

möglicherweise auch erst im Juni, je nachdem, wie viele Vorschläge kommen, wird der Programmbeirat dann eben mit einer Reihungsliste an mich herantreten und ich dann in weiterer Folge an Sie alle und an den Stadtsenat. Also seien Sie sich versichert, es gibt natürlich keine Einflussnahme darauf. Aber, wie wohl ich doch abschließend anmerken möchte, natürlich gibt es auch eine politische Mitentscheidungsfähigkeit, denn ansonsten könnte man ja Kulturpolitik völlig parametrisieren und computergestützt durchführen. Natürlich letzten Endes muss die Kulturpolitik dann auch zu einem Vorschlag stehen, den sie dann eben auch in meinem Fall durch mich an den Stadtsenat heranträgt und natürlich auch den Kopf dafür hinhalten. Also ich möchte damit nur sozusagen zart andeuten, dass es auch wieder nicht eine reine Expertenentscheidung am Ende des Tages sein soll, sondern eben eine auf Expertenvorschlägen basierende kulturpolitische Entscheidung (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio**: Zusatzfrage?

GR<sup>in</sup> **Braunersreuther**:

Ja, die gibt es. Die Antwort war für mich auch ein wenig überraschend. Weil der Beirat ist ja eigentlich da, um diese Entscheidung zu treffen. So wurde und wird das auch auf der Website zum Kulturjahr kommuniziert. Dass nicht computergesteuert gearbeitet werden kann, das ist ja wohl logisch bei inhaltlichen Entscheidungen und bei der Planung eines Jahres und deswegen haben wir ja auch einen Intendanten, der so etwas kann, deswegen gab es ja auch ein Auswahlverfahren, das ja auch ein gutes Ergebnis hatte. Die Zusatzfrage ist aber dahingehend, also mediales Desaster, das ist ein Zitat aus meiner eigenen Zeit, als ich für Zeitungen gearbeitet habe, da wurde so eine ungünstige Berichterstattung tatsächlich so bezeichnet, weil da gab es dann, ich weiß nicht, wie viele Anrufe in der Abteilung Kommunikation eingegangen sind.

*Zwischenruf GR Lohr: Wenn Sie das gemacht haben?*

**Braunersreuther:**

Aber bei uns war das so, da ist man dann schon einmal den ganzen Tag am Telefon gehangen, um empörte Anrufe entgegenzunehmen. Deswegen meine

**Zusatzfrage:**

Wären Sie bereit, in der nächsten BIG die Sache aufzuklären und wirklich noch einmal auch hinsichtlich des Endes oder nahenden Endes des Juryverfahrens einen Beitrag über das tatsächliche Prozedere zum Kulturjahr 2020 zu bringen (*Allgem. Appl.*)?

**StR Riegler:**

Eine Richtigstellung und eine Anmerkung. Also ich gehe jetzt sicher nicht in die Falle zu sagen, dass wir jetzt im BIG sozusagen, dass ja eine Redaktionsfreiheit auch hat, anschaffen zu wollen, was die zu schreiben haben. Also wenn das BIG tatsächlich meint, hier aufklärend tätig sein zu wollen, dann freut mich das natürlich. Ich kann Ihnen nur versichern, es gibt also keine Vorabentscheidungen oder Voraburteilungen. Ich möchte aber doch eines noch korrigierend sagen: weil Sie gesprochen von einem Intendanten. Wir haben uns ganz bewusst gegen ein singuläres Intendantenprinzip entschieden, sondern wir haben eben gesagt, wir machen einen Programmbeirat, der sozusagen eine kollektive Intendanten bildet und in diesem Beirat wird eben in einer Gruppe entschieden und zwar über einen Vorschlag, der anschließend an die Stadtregierung und an den Stadtsenat herangetragen wird (*Allgem. Appl.*).

**Bgm.-Stv Eustacchio:**

Dankeschön. Meine Damen und Herren, die Fragestunde ist zu Ende um 13.50 Uhr.

**Ende der Fragestunde um 13.50 Uhr.**